

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 2/2024

16. Mai 2024



Liebe Leserinnen und Leser,

Das Thema Bildung steht derzeit verstärkt im Fokus der Landespolitik. Dies wurde höchste Zeit und der Bedeutung dieses wichtigen Themas endlich auch gerecht. Bisher hatte sich Grün-Schwarz darauf geeinigt, keine strukturellen Änderungen durchzuführen. Von diesem feigen und für die Zukunft unseres Landes auch verheerenden Stillhalteabkommen musste die Landesregierung jetzt auf Druck einer Elterninitiative zur Wiedereinführung von G9 abrücken. Das immer schlechtere Abschneiden Baden-Württembergs in verschiedenen Bildungsrankings tat sein Übriges. Immer weniger Schülerinnen und Schüler erfüllen die Mindeststandards, zu viele Kinder bleiben zurück und schaffen keinen Schulabschluss. Obwohl Bildung in der Hoheit der Länder liegt, ist der Bund in Vorleistung gegangen und hat mit dem Startchancen-Programm das bisher größte Bildungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik aufgelegt. In den kommenden zehn Jahren sollen so vor allem Brennpunktschulen eine verstärkte und gezielte Förderung erhalten. Das ist gut und das ist richtig. Doch das kann nur ein erster Schritt sein. Das Land muss endlich liefern und eine grundsätzliche Bildungsreform in Baden-Württemberg angehen. Unser stark zergliedertes Schulsystem wird den Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels bei Weitem nicht mehr gerecht und verbraucht zu viele wertvolle Ressourcen, die anders effizienter genutzt werden können. Nicht nur Brennpunktschulen, sondern alle Schulen im Land müssen zu modernen und gut ausgestatteten Lernorten werden, wo jedes Kind die Unterstützung erhält, die es für seinen Bildungsweg benötigt. Wir brauchen überall multiprofessionelle Teams, wie wir sie als SPD schon lange fordern, um Schulleitungen und Lehrkräfte zu entlasten, damit diese ihren originären Aufgaben nachgehen können. Und vor allem muss endlich begriffen werden, dass

die frühkindliche Bildung ein immanenter Bestandteil unseres Bildungssystems ist und damit in die Verantwortung des Landes gehört. Das würde nicht nur Kommunen und Eltern entlasten, sondern auch die Frage der Zuständigkeit klären. Der Ministerpräsident könnte dann nicht länger schulterzuckend behaupten, Kitas gingen ihn nichts an. Zugegeben: Billig ist das alles nicht zu haben. Aber wenn wir die drängenden Veränderungen jetzt nicht zeitnah angehen, dann wird es uns auf lange Sicht viel teurer zu stehen kommen – und zwar nicht nur hinsichtlich des Geldes.

Es sind nicht einmal mehr vier Wochen bis zu den Europa- und Kommunalwahlen. Die Kandidatinnen und Kandidaten werben um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler. Leider sind sie dabei immer häufiger Bedrohungen und sogar körperlicher Gewalt ausgesetzt. Was dem sächsischen Europakandidaten Matthias Ecke passiert ist, ist kein Einzelfall. Die aggressive Stimmung gegen die demokratischen Parteien, vor allem gegen SPD und Grüne, ist nicht vom Himmel gefallen. Es ist das traurige Ergebnis von Hass und Hetze, systematisch von rechtsextremen und staatsfeindlichen Kräften geschürt. Angriffe auf Kandidierende und Mandatsträger sind Angriffe auf unsere Demokratie. Dagegen müssen wir uns wehren, denn unsere Demokratie ist auch nach 75 Jahren durchaus nicht selbstverständlich. Umso erfreulicher ist, dass viele Menschen nach wie vor bereit sind, sich ehrenamtlich in kommunalen Gremien zu engagieren, und viel Zeit und Herzblut dafür aufwenden, sich für eine gute Entwicklung ihrer Städte und Gemeinden einzusetzen. Dafür möchte ich ihnen allen an dieser Stelle herzlich danken. Denn, was wäre unsere Gesellschaft, wenn nicht immer wieder Menschen miteinander und füreinander eintreten?

In diesem Sinne wünsche ich allen Kandidatinnen und Kandidaten einen guten Wahlkampf und viel Erfolg am 9. Juni! Außerdem wünsche ich allen schöne Pfingsten und auch heute wieder eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

Fraktionsklausur in Brüssel



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Baden-Württemberg liegt nicht nur geographisch im Zentrum Europas. Wirtschaftlich und kulturell ist die Europäische Union für eine erfolgreiche Zukunft unseres Landes nicht wegzudenken. Als traditionelles Exportland profitiert Baden-Württemberg besonders vom europäischen Markt. Doch wie geht es mit Europa weiter? Vom 7. bis 9. April, gut acht Wochen vor der Wahl des europäischen Parlaments, war ich gemeinsam mit meiner SPD-Landtagsfraktion in Brüssel, um mit wichtigen Persönlichkeiten der europäischen Union über die Zukunft Europas zu reden. Und uns allen dürfte klar sein: Es geht bei dieser Europawahl wirklich um viel. Nicht nur bei der Frage einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, sondern auch, was die Bewältigung der Transformation angeht. Wie schaffen wir es, ein starkes Deutschland, ein starkes Baden-Württemberg in Europa zu haben, gerade auch wenn wir die Transformation hin zur nicht-fossilen Versorgung mit Energie gestalten wollen? Wie schaffen wir es, Arbeitsplätze in Deutschland und in Baden-Württemberg zu erhalten, gerade auch im Bereich unserer Industrie? Das sind Fragen, für die die europäische Union die Grundlagen legt und die essentiell wichtig sind für uns und unser Land. Deswegen haben wir in Brüssel mit verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern des Wirtschaftsministeriums und auch aus der Finanzwirtschaft gesprochen. Wir haben mit denjenigen gesprochen, mit denen die Zukunft Europas gebaut werden muss.

Im diesjährigen Europawahlkampf müssen wir den Menschen verdeutlichen, dass sie von einem starken Europa profitieren. Mit Katarina Barley als Spitzenkandidatin der Bundes-SPD und René Repasi, der als Spitzenkandidat der Landespartei unsere Kandidierenden aus Baden-Württemberg in den Wahlkampf führt, wollen wir weiterhin eine starke Stimmen in der EU haben.

Unser Positionspapier zu Baden-Württemberg und Europa:

<https://www.spd-landtag-bw.de/wp-content/uploads/Baden-Wuerttemberg-und-Europa.pdf>

Aktionswoche „Bezahlbares Wohnen“

Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware, gerade hier im Südwesten. Nirgendwo sonst fehlen mehr Sozialwohnungen als in Baden-Württemberg. Unser Land gehört zu den teuersten Gegenden zum Wohnen in Deutschland und Mitteleuropa. Wir fordern die grün-schwarze Landesregierung auf, endlich mehr gegen den eklatanten Wohnraumangel zu tun. Im Vergleich zu anderen Flächenländern fehlen nirgendwo so viele Sozialwohnungen wie in Baden-Württemberg, nämlich 206.000. Und auch bei der Landesförderung liegt Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern weit hinten. Während Bayern zum Beispiel auf jeden Euro Förderung vom Bund zwei Euro drauflegt, sind es hier im Land nur 35 Cent.

Die SPD-Landtagsfraktion hat im Vorfeld der Kommunalwahlen die Aktionswoche „Wohnen muss bezahlbar bleiben!“ von Ende April bis Anfang Mai ausgerufen. Die Abgeordneten besuchten in ihren Wahlkreisen besondere Wohnprojekte und kamen mit kommunalen Bauträgern ins Gespräch.

In diesem Rahmen habe ich die „Stiftungshäuser für bezahlbaren Wohnraum“ der Stuttgarter eva's-Stiftung auf dem Gelände der eva Heidenheim besichtigt und mich über deren Entwicklung und Realisierung durch die Hoffnungsträger Projektentwickler (htp) und das Stuttgarter Architekturbüro andOFFICE informiert. Die gelungene Kombination von moderner Architektur und sozialem Zweck hat mich sehr beeindruckt. Die Häuser sind in modularer Holzbauweise errichtet und schaffen durch gestaltete Innenhöfe, Spielplätze und Gemeinschaftsräume zahlreiche Begegnungsmöglichkeiten und fördern so Kontakte und Integration. Durch serielles Bauen, Vorfertigung der Elemente und stetige Optimierungsprozesse wird zeit- und kostengünstiges und dennoch qualitativ hochwertiges und ökologisches Bauen ermöglicht. Wir brauchen dringend mehr solcher kreativen und Kosten sparenden Lösungen im sozialen Wohnungsbau.



Wiedereinführung von G9

In der 92. Sitzung des Landtags am 17. April stimmte der Landtag aufgrund eines entsprechenden Volksantrags über die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums in Baden-Württemberg ab. (Auszug aus meiner Rede)

Die Initiatorinnen dieses Volksantrags und ihre Unterstützer haben Anerkennung und Dank verdient. Denn sie haben dafür gesorgt, dass ein dringendes Thema nicht länger von der Landesregierung beiseitegeschoben werden kann. Viele Kinder brauchen mehr Zeit, als G8 ihnen geben kann. Das gilt erst recht, wenn es um gerechte Bildungschancen geht, vor allem nach den Krisenjahren der Pandemie, unter denen viele unserer Schülerinnen und Schüler noch immer leiden. Viele andere Landesregierungen haben bereits viel früher begriffen, dass das Turbo-Abi mehr Turbulenzen gebracht hat als Tempo. Diese Länder haben reagiert – Sie nicht! Die Richtung ist nun vorgegeben, die Entscheidung klar. Und sie wird weitreichende Folgen haben. Deswegen sind Gespräche zwischen allen demokratischen Parteien über die Auswirkungen auf das gesamte Bildungssystem nötig. Auch hier hat der Volksantrag einen entscheidenden Anstoß gegeben. Wir haben als SPD vor gut 20 Jahren die Einführung von G8 durch die CDU kritisiert, weil uns das einzige Argument, unsere Abiturienten seien zu alt, nie wirklich überzeugt hat. In den Jahren unserer Regierungsbeteiligung haben wir versucht, die Probleme von G8 zu beheben. Doch jetzt kann der Wunsch vieler Schülerinnen und Schüler, vieler Eltern und Lehrkräfte nicht länger überhört werden. Es genügt aber nicht, wenn die Landesregierung sich zu G9 bekennt, sie muss sich jetzt auch in Bewegung setzen und einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen, wenn sie diesen Volksantrag ablehnt. Man hat das Gefühl, Sie wollen ein Häkchen unter den Volksantrag machen, aber dann stehen Sie doch wieder mit dem Fuß auf der Bremse. Immer wieder fällt dem Ministerpräsidenten etwas ein, warum G9 nicht geht oder erst irgendwann. Sie rechnen einen Personalbedarf hoch, der bei einer stufenweisen Einführung gar nicht auf einen Schlag kommt. Das gilt auch für den Raumbedarf. Sie versuchen, frühkindliche Bildung und Sprachförderung gegeneinander auszuspielen. Das ist unverantwortlich! Natürlich brauchen wir neben dem Gymnasium weitere attraktive Wege zu einem guten Schulabschluss. Daher müssen wir den gesamten Bereich der weiterführenden Schulen und die Berufsschulen in den Blick nehmen. Das Land muss sich um alle Schularten mehr kümmern als in den letzten acht Jahren. Sie haben bereits viel Zeit verloren. Legen Sie endlich ein Konzept vor! G9 muss kommen – jetzt!

Regierungserklärung Bildungspaket

In der 94. Sitzung des Landtags am 8. Mai legte Ministerpräsident Kretschmann die Pläne für das neue Bildungspaket vor, nachdem er die fraktionsübergreifende Bildungsallianz in Bebenhausen torpediert hatte. (Auszug aus meiner Rede)

Diese Landesregierung hat in den vergangenen acht Jahren viel zu wenig für Bildung getan. Wir haben schon vor Jahren an dieser Stelle gefordert, endlich mit dem Ausbau und der Stärkung der frühkindlichen Bildung und der Grundschulen zu beginnen und auch das neunjährige Gymnasium wieder jedem Kind zugänglich zu machen. Doch dazu brauchte es erst einen Volksantrag und auch das Angebot der Opposition zu offenen Gesprächen über einen wirklichen Zukunftsplan für unser Bildungssystem, um endlich den Stein ins Rollen zu bringen. Nur durch Druck sind Sie aus ihrem bildungspolitischen Tiefschlaf erwacht. Und wenn man mit Vertretern aus Praxis und Wissenschaft spricht, wird klar, dass es Veränderungen braucht für ein Bildungssystem, das nicht im letzten Jahrhundert feststeckt, sondern eine Antwort auf unsere Gesellschaft im 21. Jahrhundert ist. Als es nun doch Bewegung zu geben schien, konnte ich mir vorstellen, dass eine Bildungsallianz mehr ist als nur Schultheater, ja Theaterdonner. Bekanntlich war mein Optimismus vergebens. Wir kamen noch nicht einmal dazu, mit dem Arbeiten überhaupt anzufangen. Was für uns der Start war, war für Sie schon der Endpunkt. Und Sie haben tatsächlich die Nerven, den Leuten zu erzählen, wir hätten nicht mitgearbeitet. Sie wollten diese Bildungsallianz nie und haben vom ersten Tag an versucht, sie im Keim zu ersticken. Das ist die Wahrheit! Dass Sie die Chance einer Bildungsallianz vertan haben, ist nicht gut für unser Land. Aber verheerend für unser Land ist, dass Sie nicht verstehen, wie groß die Aufgaben in der Bildungspolitik wirklich sind. Worauf Sie sich mit der CDU geeinigt haben, geht nicht durchweg in eine falsche Richtung. Aber es reicht nicht, nicht einmal annähernd. Wir brauchen ein Land, in dem Bildung in der Kita beginnt, in dem Angebote wie Schulsozialarbeit nicht nur an Brennpunkten geboten werden. Ein Land, in dem Frühförderung, Integration und Inklusion ganz normal sind. Ein Land, in dem genügend Menschen als Lehrkräfte arbeiten wollen. Wir brauchen eine echte Neuerung der Zweiten Säule, zwei attraktive und gleichwertige Säulen in der Sekundarstufe. Und genauso attraktiv muss die berufliche Bildung sein. Was Sie hier anbieten ist zu wenig für unser Land. Das ist zu wenig für die Zukunft – und viel zu wenig für das Wichtigste, das wir haben: unsere Kinder.

Gemeinsam gegen Einsamkeit

In einer Zeit, in der wir scheinbar ständig miteinander vernetzt sind, bleibt das Phänomen der Einsamkeit trotzdem eine große Herausforderung. Sie betrifft Menschen jedes Alters und sozialen Hintergrunds und kann schwerwiegende Auswirkungen auf Gesundheit und Psyche haben. Deswegen habe ich mich gemeinsam mit dem SPD-Kreisverband Heidenheim in einer Podiumsdiskussion dieses wichtigen Themas angenommen und mit Akteuren sozialer Einrichtungen und Organisationen aus dem ganzen Kreis nach Lösungswegen gesucht und bereits bestehende Angebote beleuchtet. Dass dieses Thema virulent ist, zeigte der ungemeine Andrang im vollen Großen Saal des Paulusgemeindehauses.

Hauptreferentin war meine Fraktionskollegin Dr. Dorothea Kliche-Behnke, Sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. Sie beleuchtete das Thema aus politischer Perspektive und verwies auf die nationale Strategie der SPD-geführten Bundesregierung. Aber hier müssen alle politischen Ebenen aktiv werden, auch Länder und Kommunen. Die SPD im Landtag hat ein Positionspapier erstellt und fordert eine landesweite Erhebung sowie mehr niedrigschwellige und kostenfreie Begegnungsräume.

In der anschließenden Diskussion berichteten die Podiumsgäste Frank Rosenkranz als Geschäftsführer der Diakonie, Heinz Wührl-Bofinger als Vorsitzender des Kreisseniorerats, Inge Grein-Feil als Vorsitzende des Vereins Freunde schaffen Freude, Christine Schulten als Fachbereichsleiterin Soziale Dienste der AWO und Robin Sakowski als Studierendensprecher der DHBW Heidenheim von ihrer jeweiligen Erfahrung und ihrer Arbeit gegen die Einsamkeit. Klar wurde, dass es Einsamkeit auch in unserem Kreis gibt. Aber es gibt bereits auch gute Strategien und Angebote dagegen. Nachbarschaftshilfe und Ehrenamt leisten vieles, trotzdem kann und muss hier mehr getan werden. Das Thema ist vielschichtig und bei Weitem nicht trivial, aber es gibt Lösungsmöglichkeiten. Dabei ist es vor allem Aufgabe der Politik, hier die richtigen Rahmenbedingungen herzustellen.



Unser Positionspapier dazu unter:

<https://www.spd-landtag-bw.de/wp-content/uploads/Positionspapier-Einsamkeit.pdf>

72 Stunden-Aktion des BDKJ



Das erste Mal nach Corona hat der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) Ende April wieder zu einer bundesweiten 72 Stunden-Aktion aufgerufen und alle Abgeordneten eingeladen, eine Aktionsgruppe in ihrem Wahlkreis zu besuchen. Gerne bin ich dieser Einladung gefolgt und habe die Aktionsgruppe der Seelsorgeeinheit Heidenheim bei ihren Vorbereitungen im St. Martinus-Kindergarten besucht. Die Gruppe hatte sich für die „Get-it“-Variante entschieden. Das heißt, dass sie im Gegensatz zur „Do-it“-Variante, bei der im Voraus gezielt Aktionen geplant werden können, ihre Aufgabe bis zum Beginn der Aktionszeit am Donnerstagabend nicht kannte und diese erst nach deren Bekanntgabe selbstständig umsetzen musste. Mit 72 guten Taten in 72 Stunden wollte die Heidenheimer Gruppe ihren Beitrag zu dieser Aktion leisten, zum Beispiel mit kleinen Komplimenten und Mutmacher-Sätzen, die sie zusammen mit Süßigkeiten auf dem Heidenheimer Wochenmarkt verteilen wollten. Ich kam mit den sozial engagierten Jugendlichen ins Gespräch und konnte so einiges über ihr Vorhaben und ihre Motivation dahinter erfahren. Ich begrüße diese tolle Aktion, denn hier können sich Kinder und Jugendliche gemeinsam und selbstverantwortlich für spannende und sozial wichtige Projekte engagieren. Und es können Freundschaften entstehen und bestenfalls auch bleibende Netzwerke für die Zukunft geknüpft werden.

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321/ 4 00 80

E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de

Internet: www.andreas-stoch.de